

*Zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933-45 waren viele Deutsche von Adolf Hitler und der NSDAP überzeugt. Es gab aber auch Menschen, die sich der willkürlichen Schreckensherrschaft und den Verbrechen der Nazis entgegenstellten. Diese Männer und Frauen kamen aus allen Teilen der Gesellschaft. Bekannte Beispiele sind die Geschwister Scholl oder die Gruppe des 20. Juli um Graf von Stauffenberg. Auch die Arbeiter*innenschaft spielte eine wichtige Rolle im Widerstand. Das gilt auch für Ostwestfalen und Lippe. Schließlich haben aber nicht die Widerstandskämpfer*innen Deutschland von den Nazis befreit, sondern die Alliierten. So stellt sich die Frage: Arbeiter*innwiderstand in Ostwestfalen-Lippe: Wirksam, umsonst, erinnerungswert?*

Im Zuge der sogenannten „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28.02.1933 wurden die meisten oppositionellen Presseorgane verboten. Auch der Verkauf der Bielefelder „Volkswacht“, der Zeitung der Bielefelder SPD, wurde endgültig untersagt. Anstelle der Zeitung fand man an den Verkaufsstellen nun den Hinweis, dass die „Volkswacht“ aufgrund polizeilicher Maßnahmen nicht mehr erscheinen könne. Der Zeitung war die Presselizenz entzogen worden.

Dass es zu einem Verbot kommen könnte, zeichnete sich bereits mit der Machtübergabe an die Nazis ab. So wurde beispielsweise in der Ausgabe des 30. Januars zu Protest und Demonstrationen gegen Staatsstreich und Diktatur aufgerufen und am 31., dem ersten Tag nach der Machtübergabe, für eine Massenkundgebung gegen Hitler mobilisiert. Bereits am 06. Februar wurde mit der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes“ die Presse- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Die „Volkswacht“ ließ sich davon allerdings nicht beeindrucken und berichtete weiter über politisch motivierte Straftaten der Nazis, wie sie zum Beispiel in Berlin stattfanden. Auch wurde in der Ausgabe des 16.02. abermals zu einer Demonstration aufgerufen, die am 20.02. stattfand und über die in der Ausgabe des 21.02. ausgiebig berichtet wurde. Außerdem hatte die „Volkswacht“ am 17. Februar ein Wahlplakat der NSDAP aus dem Jahre 1932 abgedruckt, um auf die Lügen der Nazis aufmerksam zu machen. Der Oberpräsident Westfalens reagierte darauf mit dem Verbot der Zeitung vom 23. bis zum 25. Februar, das er mit dem Vorwurf der böswilligen Schmähung eines hohen Staatsdieners begründete.

Der darauffolgende Montag, der 27. Februar 1933, war der letzte Erscheinungstag der „Volkswacht“. In der Nacht desselben Tages brannte der Berliner Reichstag nieder, was die Nationalsozialisten zum Vorwand nahmen, am 28.02. die sogenannte „Reichstagsbrandverordnung“ zu erlassen, die ein Verbot sämtlicher sozialdemokratischer und kommunistischer Presse beinhaltete.

Text nach: Wagner, Bernd: 28. Februar 1933: Verbot der sozialdemokratischen Tageszeitung „Volkswacht“. In: Stadtarchiv Bielefeld (Hrsg.): Historischer-Rueckklick-Bielefeld. Bielefeld, 2013. Online unter: <<https://historischer-rueckklick-bielefeld.com/2013/02/01/01022013/>> [Stand: 24.01.2022]